

Nr. 335 | 15.10.2024

## Polen-Analysen

### Das erste Jahr der Regierung Tusk

■ ANALYSE	
Mühsamer Wiedereinzug der Demokratie – das erste Jahr der Regierung Tusk	2
Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz	
■ DOKUMENTATION	
Deutsch-Polnischer Aktionsplan (Juli 2024)	8
Deutsch-polnische Regierungskonsultationen am 2. Juli 2024, Pressekonferenz	10
■ UMFragen	
Parteipräferenzen seit der Parlamentswahl am 15. Oktober 2023	14
■ CHRONIK	
17. September – 14. Oktober 2024	15

## Mühsamer Wiedereinzug der Demokratie – das erste Jahr der Regierung Tusk

Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.335.01

### Zusammenfassung

Ein knappes Jahr nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) mit Ministerpräsident Donald Tusk und seinen Koalitionspartnern Die Linke (Lewica) und Dritter Weg (Trzecia Droga) sind die Umfragewerte für die aktuelle Regierung zwar gut, aber Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) liegt im September respektive im Oktober nur wenig hinter der KO. Ein Wahlsieg der Opposition ist also bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr nicht ausgeschlossen. Umso wichtiger wäre für die Regierung die Aufarbeitung der acht Regierungsjahre der PiS, der unter anderem die Verletzung des Rechtsstaatsprinzips, die Vereinnahmung der öffentlich-rechtlichen Medien und auf dem Feld der Außenpolitik die Isolierung Polens vorgeworfen wird. Ein Jahr nach Amtsantritt sind die Veränderungen im Bereich der Innenpolitik aber noch nicht sehr weit gediehen, da ohne einen Präsidenten aus dem eigenen Lager eine nachhaltige Umgestaltung schwerfällt. So bleibt es bisher vor allem bei parlamentarischen Untersuchungskommissionen und dem Abbau des PiS-Umfeldes in Medien und staatlichen Institutionen. In der Außenpolitik konnte hingegen ein Neustart im Verhältnis zu Deutschland und auch in der EU-Politik eingeleitet werden.

### Anhaltende Polarisierung der politischen Szenerie

Ein Jahr nach den Parlamentswahlen ist die politische Landschaft in Polen nach wie vor geteilt. Während die Regierungskoalition – bestehend aus der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) um Ministerpräsident Donald Tusk, der Linken (Lewica) und dem Dritten Weg (Trzecia Droga), einem Zusammenschluss von Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und der Partei Polen 2050 (Polska 2050) – in den Umfragen etwas abgesackt ist, steht die Opposition in den Umfragen nach wie vor gut da. Die Bürgerkoalition hat dabei ihre Umfragewerte im Oktober 2024 mit 32,2 Prozent gegenüber dem Ergebnis bei den Parlamentswahlen (30,7 Prozent) etwas verbessert, während die Neue Linke mit 8,0 Prozent (8,61 Prozent) einen leichten Verlust erlitten hat. Der Regierungspartner Dritter Weg hat mit 9,1 Prozent (14,4 Prozent) in der Wählergunst sogar deutlich verloren. Bei den Oppositionsparteien hat die PiS mit aktuell 30,8 Prozent gegenüber 35,38 Prozent einen deutlichen Verlust zu verzeichnen, die in Teilen rechtsextremistische Konföderation (Konfederacja) hingegen hat mit 11,6 Prozent gegenüber 7,16 Prozent in den Parlamentswahlen 2023 deutlich zugelegt (s. Rubrik »Umfragen«). Allerdings haben die Umfragen eine hohe Volatilität und sicher ist lediglich, dass die beiden großen Parteiblöcke, KO und PiS, nur um wenige Prozentpunkte voneinander getrennt sind. Nach einer anderen, für die Tageszeitung Gazeta Wyborcza Anfang Oktober durchgeführten Umfrage liegt die KO mit 35,3 Prozent knapp vor der PiS mit 33,5 Prozent, während die anderen Parteien zum Teil deutlich verlie-

ren – mit Ausnahme wiederum der Konföderation, die in dieser Umfrage gar 12,5 Prozent Zustimmung erhält.

Eine Erkenntnis dieser Umfragen ist, dass die PiS, entgegen den Erwartungen vieler Beobachter in Deutschland, nach wie vor durchaus Chancen haben dürfte, im kommenden Jahr die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Entscheidend wird jedoch unter anderem sein, ob die PiS es vermag, nach dem Ausscheiden des aktuellen und sehr populären Präsidenten Andrzej Duda, der ja aus dem PiS-Lager stammt, einen geeigneten Kandidaten aufzustellen. Wahrscheinlich wird die PiS ihren Kandidaten am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag der Unabhängigkeit verkünden, wohl auch, um der Nominierung das nötige Pathos zu verleihen. Diskutiert werden gegenwärtig drei Namen: der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, der Europaabgeordnete und vormalige Woiwode der Woiwodschaft Lodz (województwo łódzkie) Tobiasz Bocheński und der Direktor des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), der Historiker Karol Nawrocki. Als wahrscheinlicher Kandidat gilt gegenwärtig der 41-jährige Nawrocki, aber er dürfte auch der unbekannteste sein. Das scheint jedoch dem Kalkül des PiS-Parteichefs Jarosław Kaczyński zu entsprechen, der bei einem politisch bekannteren Kandidaten wie beispielsweise dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki befürchtet, dass ein solcher Kandidat zu viel Angriffsfläche bieten könnte. Bei der KO dürfte es wohl auf den Stadtpräsidenten von Warschau, Rafał Trzaskowski, hinauslaufen, der 2020 in der Stichwahl mit 49 Prozent knapp gegen den Amts-

inhaber Andrzej Duda (51 Prozent) verlor. Auch wenn andere Parteien eigene Kandidaten aufstellen werden, dürfte es wieder auf ein Duell zwischen der Bürgerkoalition und Recht und Gerechtigkeit hinauslaufen. Die politische Landschaft ist somit weiter klar geteilt und die Polarisierung hält an.

Es liegt zweifellos im Interesse der aktuellen Regierung von Donald Tusk (KO), im kommenden Jahr den Präsidenten zu stellen und damit die anhaltende Kohabitation zu beenden. Das wird auch nötig sein, um die Wahlversprechen, insbesondere die Liberalisierung des Abtreibungsrechts, und auch den Koalitionsvertrag zu erfüllen, denn Präsident Duda steht einer Liberalisierung des Abtreibungsrechts und einem Zurückdrehen der PiS-Reformen insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und bei den Medien mit einem potentiellen Veto entgegen. Über die notwendige 3/5-Mehrheit, um ein Präsidentenveto zurückzuweisen, verfügt die Regierungskoalition im Sejm nicht. Erforderlich wären 276 Stimmen, das Regierungslager hat allerdings nur 248 Mandate inne. Das heißt alle Gesetze, die die PiS-Politik aufheben wollen, müssen mit einem Veto des Präsidenten rechnen und ein gutes halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen sieht es nicht danach aus, dass die Regierung sich mit dem aktuellen Amtsinhaber noch verständigen wird.

Eine weitere Erkenntnis der Umfragen neben der fortbestehenden Polarisierung der politischen Landschaft ist die Zunahme des Extremismus, der Sorge machen muss. Zweistellige Zustimmungsraten für die Konföderation stellen mit Blick auf eine zunehmende und notwendige Migration nach Polen und auch hinsichtlich der Europäischen Union enorme Sprengkraft dar, so dass sich die Regierung auch diesbezüglich Gedanken über die richtige Strategie für den Umgang nicht nur mit der PiS, sondern auch mit der Konföderation machen muss.

Ein erster Ansatz ist hier sicherlich der am 10. November 2023 unterzeichnete Koalitionsvertrag, der sehr klar den Willen betont, unterschiedliche Bereiche von Wirtschaft, Erziehung/Bildung und Kultur zu entpolitisieren und der Selbstverwaltung wieder mehr Autonomie einzuräumen. Bei den 24 Punkten des ersten Abschnitts des Koalitionsvertrags ist von dem Ziel einer Entpolitisierung bezogen auf Diplomatie (1), Rechtswesen (2), Schulen (3), Staatsgesellschaften (13), Hochschulen und Universitäten (15), Kultur (16), öffentlich-rechtliche Medien (17) und die uniformierten Dienste, das heißt Armee und Sondereinheiten, (19) die Rede. Zudem soll die Entscheidung des Verfassungsgerichts (Trybunał Konstytucyjny – TK) vom November 2020, die ein fast vollständiges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen zur Folge hatte, rückgängig gemacht werden (6). Außerdem soll die Autonomie der regionalen

und kommunalen Selbstverwaltung gestärkt werden (23), denn auch hier wird ein zu großer Eingriff der vorherigen Regierung konstatiert. Darüber hinaus verlangt der zweite Abschnitt des Koalitionsvertrags eine Abrechnung mit den PiS-Regierungen, insbesondere mit den Verfassungsbrüchen, so der Text des Koalitionsvertrags. So sollen Verantwortliche für die Rechtsbrüche auch persönlich zur Verantwortung gezogen werden und da, wo nötig, soll die Aufarbeitung mittels parlamentarischer Untersuchungskommission geleistet werden. Neben den Rechts- und Verfassungsbrüchen, die zunächst erst einmal entsprechend festgestellt werden müssten, sollen auch Nepotismus, Veruntreuung öffentlicher Mittel, das System des Hasses in den öffentlich-rechtlichen Medien und die Ausnutzung dieser Medien für die Beeinflussung von Wahlentscheidungen untersucht und von Gerichten und Staatsanwaltschaften, gegebenenfalls auch durch Untersuchungskommissionen, analysiert werden. Dabei geht der Koalitionsvertrag natürlich implizit davon aus, dass die genannten Rechtsbrüche tatsächlich stattgefunden haben. Zumindest das im Dezember 2017 begonnene Artikel-7-Verfahren der Europäischen Kommission wegen des Verdachtes der Verletzung des Rechtsstaatsprinzips, wie es in Artikel 2 des Lissabonner Vertrags erwähnt wird, und auch ein entsprechendes Gutachten der Venedig-Kommission des Europarates vom März 2016 kommen zu dem Schluss, dass die Rechtsstaatlichkeit in Polen unter den PiS-Regierungen nachhaltig bedroht war.

Dem gegenüber weist die PiS die Vorwürfe zurück und unterstellt der neuen Regierung ihrerseits Machtmissbrauch und einen Angriff auf die Medienfreiheit, da als Folge des Regierungswechsels prominente Vertreter der öffentlich-rechtlichen Medien, die mit der PiS verbunden waren, das polnische Fernsehen noch vor Ende 2023 verlassen haben.

Insgesamt hat sich die Aufarbeitung bis dato in der Praxis als sehr viel schwieriger herausgestellt, als die Absichtserklärungen des Koalitionsvertrags und Ankündigungen der Opposition vor den Parlamentswahlen vermuten ließen.

### **Erste Ansätze zur Aufarbeitung der PiS-Regierungen**

Bereits während der Amtszeit der PiS-Regierungen wurde die Frage der Abrechnung und Aufarbeitung der PiS-Politik von der damaligen Opposition immer wieder thematisiert und fand dann schließlich auch ihren Niederschlag im Koalitionsvertrag. Dabei wurde in den Reihen der vormaligen Opposition auch über finanzielle Aspekte der PiS-Jahre diskutiert. Im Fokus standen und stehen dabei finanzielle Zuwendungen beispielsweise an die vom Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk gegründete Radiostation Radio Maryja respektive seine Stif-

tung Lux Veritatis, ferner Mittel für verschiedene Medienunternehmen mit Hilfe des Schaltens von Anzeigen in den jeweiligen Medien, die Gründung von Instituten und deren finanzielle Ausstattung und letztlich auch Finanztransfers an die PiS selbst, die nach Annahmen der aktuellen Regierung nicht korrekt abgelaufen sind. Ziel der Regierung ist es sicherlich nicht nur, für Transparenz im Umgang mit Steuergeldern zu sorgen, sondern sie möchte auch das Umfeld der PiS, das heißt Stiftungen, Zeitungen und Institute, finanziell beschneiden, da nach Ansicht der Regierung diese Einrichtungen Zuwendungen aufgrund ihrer politischen Ausrichtung erhalten hätten.

Nach dem Regierungswechsel sind bisher drei parlamentarische Untersuchungskommissionen eingesetzt worden, die sich unterschiedlichen Aspekten der Regierungszeit der PiS widmen. Die erste Untersuchungskommission befasst sich mit Unregelmäßigkeiten bei der geplanten, dann aber abgesagten Briefwahl der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 und wurde per Sejm-Beschluss am 7. Dezember 2023 berufen. Der Vorwurf lautet, dass die PiS damals angesichts guter Umfragedaten für den Amtsinhaber Andrzej Duda und der herrschenden Covid-Pandemie unrechtmäßig versucht habe, die Wahl am 10. Mai 2020 vollständig als Briefwahl durchzuführen. Mit der Durchführung beauftragte die Regierung die Polnische Post und die Polnische Staatliche Druckerei. Damit wären nach Ansicht zahlreicher prominenter Verfassungsjuristen, des damaligen Ombudsmanns für Bürgerrechte Adam Bodnar und anderer Kandidaten für das Präsidentenamt gesetzliche Vorschriften verletzt, eine allgemeine, gleiche und geheime Wahl faktisch unmöglich gemacht und auch die Kompetenzen der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) verletzt worden, die laut Gesetz für die Durchführung der Wahlen verantwortlich zeichnet. Darüber hinaus protestierten angesichts der Covid-Pandemie auch zahlreiche Mediziner gegen den Wahltermin am 10. Mai. Gleichwohl betrieben Regierung und PiS-Mehrheit im Sejm weiterhin die gesetzlichen Vorbereitungen für eine vollständige Briefwahl. Diese wurde letzten Endes nicht zum auserkorenen Termin am 10. Mai durchgeführt und stattdessen auf den 28. Juni bzw. die Stichwahl auf den 12. Juli 2020 terminiert, aus denen schließlich Andrzej Duda als Sieger hervorging. Inzwischen hat die Untersuchungskommission am 10. Oktober 2024 ihre Arbeit mit einem umfangreichen, über 400 Seiten umfassenden Abschlussbericht beendet und zugleich die Staatsanwaltschaft aufgefordert, gegen 19 hochrangige Politiker, darunter den damaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, den damaligen Abgeordneten Jarosław Kaczyński und den damaligen Innenminister Mariusz Kamiński, Untersuchungsverfahren einzuleiten. Alles in

allem haben die Vorbereitungen dieser am Ende nicht durchgeführten Briefwahl laut Kommissionsbericht 76 Millionen Zloty (ca. 17,7 Millionen Euro) gekostet.

Die zweite, per Sejm-Beschluss vom 19. Dezember 2023 berufene Untersuchungskommission nimmt die nicht korrekte Visavergabe an Ausländer im Zeitraum zwischen dem 12. November 2019 und dem 20. November 2023 in den Fokus. Der Vorwurf lautet, dass es hier zu Unkorrektheiten gekommen sei, sprich dass Visa verkauft worden seien. Hier liegt bisher noch kein Abschlussbericht vor, aber bis Ende September 2024 haben bereits 40 Sitzungen der Untersuchungskommission stattgefunden.

Die dritte Untersuchungskommission befasst sich mit dem israelischem Spionageprogramm Pegasus und dessen Verwendung durch polnische Behörden gegen Mitglieder der Opposition im Zeitraum zwischen dem 16. November 2015 und dem 20. November 2023. Die Untersuchungskommission wurde per Sejm-Beschluss vom 17. Januar 2024 berufen und hat bis zum 8. Oktober 2024 bereits 30-mal getagt. Schon der Senat der vorherigen Legislaturperiode hatte am 12. Januar 2022 mit der im Senat bestehenden Mehrheit der Opposition eine außerordentliche Kommission eingesetzt, die sich mit Ankauf und Verwendung des Pegasus-Programms durch polnische Behörden auseinandersetzte und im Abschlussbericht vom 6. September 2023 einerseits weitere Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft auf Grundlage der Erkenntnisse der Kommissionsarbeit und andererseits Reformen wie eine Erweiterung der Kompetenzen für den Ombudsmann für Bürgerrechte, staatsanwaltliche Kompetenzen für den Obersten Rechnungshof (Najwyższa Izba Kontroli – NKI) und diverse Veränderungen im Strafrecht empfiehlt. Sowohl die Senatskommission wie auch die aktuelle Untersuchungskommission gehen davon aus, dass der Kauf und der Einsatz des Spionageprogramms grundlegende Rechte verletzt hat.

Darüber hinaus hat die KO im Januar 2024 auch eine fraktionsinterne Kommission für die Aufarbeitung der acht Jahre PiS-Regierungen mit dem Abgeordneten und Juristen Roman Giertych an der Spitze berufen. Ziel ist es, möglichst alle für Machtmissbrauch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei sollen weit über die Aufgaben der genannten parlamentarischen Untersuchungskommissionen hinaus auch andere Affären, die an der PiS festgemacht werden, genauer untersucht werden. Da es sich jedoch lediglich um eine interne Kommission der KO handelt, darf auch vermutet werden, dass Tusk damit die hohen Erwartungen innerhalb der Partei bedient.

Ende August 2024 hat zudem die Staatliche Wahlkommission den Finanzbericht der PiS bezüglich der Parlamentswahlen vom Herbst 2023 in Teilen abgelehnt und die Zuwendungen für die PiS um insgesamt 10 Mil-

lionen Zloty (ca. 2,3 Millionen Euro) gekürzt. Darüber hinaus droht eine Sperre von Zuwendungen an die PiS für drei Jahre. Allerdings hat diese die Angelegenheit Anfang September 2024 vor das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) gebracht und ficht damit die Entscheidung an. Ein Urteil des Obersten Gerichts steht noch aus.

In eine ähnliche Richtung geht auch eine Verlautbarung von Ministerpräsident Donald Tusk vom August 2024, der zufolge bisher Vorwürfe wegen Machtmissbrauchs gegen 62 Personen vorgebracht wurden und bezogen auf 149 Personen die Staatsanwaltschaft wegen eines möglichen Machtmissbrauchs informiert worden sei. Zudem habe die nationale Steuerverwaltung gegen 90 staatliche Einrichtungen Untersuchungen eingeleitet, die eine finanzielle Größenordnung von etwa 100 Milliarden Zloty (ca. 23,3 Milliarden Euro) betreffen. Die PiS hat sich allerdings gegen diese Vorwürfe verwahrt und der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sprach davon, dass die größte Oppositionspartei vernichtet werden solle. Etwa fünf Milliarden Zloty (ca. 1,2 Milliarden Euro) sind jedoch nach Auskunft von Donald Tusk bereits belegte Verfehlungen. Bisher sind allerdings noch keine Details veröffentlicht worden.

Es steht dabei außer Frage, dass diese Dinge in letzter Konsequenz von Gerichten entschieden werden müssen – doch die Mühlen der Justiz mahlen bekanntlich langsam. Aus verschiedenen Umfragen geht hervor, dass die Bevölkerung in der Frage der Aufarbeitung geteilt ist. Einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts SW Research vom August 2024 zufolge, sind zwar 27,7 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die aktuelle Regierung zu wenig für die Aufarbeitung der PiS-Regierungen unternimmt, während 24,1 Prozent sagen, dass dies angemessen geschehe. Allerdings vertreten 20,3 Prozent die Meinung, dass die Regierung sich damit überhaupt nicht befassen sollte, während 19,1 Prozent nicht in der Lage waren, eine konkrete Antwort zu geben. Bei einer ähnlichen Umfrage im Auftrag der Tageszeitung *Dziennik Gazeta Prawna* nannten nur 16 Prozent der Befragten die Aufarbeitung als wichtige Aufgabe der Regierung; gar nur 13,4 Prozent nannten die Regelung der Abtreibungsfrage, während 51,4 Prozent die Inflation und die hohen Lebenshaltungskosten anführten. Wirtschaftliche Fragen stehen damit klar an erster Stelle bei den Wählern und auch die Frage von Krieg und Frieden in der Ukraine hat in den Augen der Bevölkerung wohl direktere Auswirkungen auf das Leben der Polen als die Aufarbeitung der Politik der PiS-Regierungen.

Neben der Arbeit der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, den Aktivitäten der fraktionsinternen Kommission sowie unterschiedlicher Regierungsstellen, um Machtmissbrauch und politische Instrumentalisierung aufzudecken, gibt es natürlich eine

Reihe von Politikfeldern, die in den letzten Jahren aufgrund der Reformen, die von PiS auf den Weg gebracht wurden, besonders im Fokus der politischen Auseinandersetzung standen. Die Rede ist dabei vor allem von der Justizreform der PiS, von der Regelung der Abtreibungsfrage, vom Umgang mit den öffentlich-rechtlichen Medien und von der Gesichtspolitik.

### Erste Veränderungen in der Innenpolitik

Das Zurückdrehen der Justizreform gestaltet sich nach wie vor ausgesprochen schwierig, da die KO-geführte Regierung von Donald Tusk sich natürlich an gesetzliche Vorgaben und die Verfassung halten muss. Auch die Abschaffung von PiS-Reformen im Bereich der Justiz, die als nicht verfassungskonform angesehen werden, muss sich an Recht und Gesetz halten und ein potenzielles Veto des Präsidenten verhindert auch hier große und vor allem schnelle Veränderungen. Sowohl die dringende Umgestaltung des Verfassungsgerichts durch die Entfernung der nicht konstitutionell gewählten Richter als auch die Neuaufstellung des Landesjustizrates (*Krajowa Rada Sądownictwa – KRS*) oder die Auflösung der Kammer für berufliche Verantwortung beim Obersten Gericht, eine zentrale Forderung der EU, und generell die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Gerichte müssen damit auf einen Wechsel im Präsidentenamt im kommenden Jahr warten – im Sinne der aktuellen Regierung hin zu einem Kandidaten aus dem Regierungslager (zur juristischen Aufarbeitung siehe Polen-Analysen Nr. 332/2024, <https://laender-analysen.de/polen-analysen/332/>).

Etwas besser sieht es im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien aus, da wichtige Journalisten, die mit dem PiS-Lager verbunden waren, bereits Ende 2023 das staatliche Fernsehen verlassen haben. Die Hauptnachrichtensendung »*Wiadomości*« um 19:30 Uhr ist damit nicht mehr propagandistisches Sprachrohr der PiS, hat den traditionellen Titel »*Wiadomości*« (Nachrichten), immerhin seit November 1989, Ende Dezember 2023 in ein nichtssagendes »*Program informacyjny*« (Informationsprogramm) geändert und wartet sichtlich noch auf einen journalistischen Reset. Versuche der Umgestaltung, die Kulturminister *Bartłomiej Sienkiewicz* und Justizminister *Adam Bodnar* bereits im Dezember 2023 unternommen hatten, indem sie die Leitungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Radios sowie der staatlichen Polnischen Presseagentur (*Polska Agencja Prasowa – PAP*) abberiefen, verursachten einen Proteststurm der PiS und führten zu einer zeitweiligen Besetzung des Fernsehgebäudes in Warschau durch Vertreter der Opposition. Mittlerweile sind die Beratungen über die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien weiter fortgeschritten. Nach den gegenwärtigen Planungen soll das Medien-Abonnement ebenso abgeschafft werden



wie der von der PiS per Gesetz 2016 eingeführte Nationale Medienrat (Rada Mediów Narodowych – RMN), mit dem die PiS den in der Verfassung von 1997 verankerten Landesrat für Rundfunk und Fernsehen (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiTV) kaltstellen wollte. Der KRRiTV selbst soll reformiert werden, die Mitgliederanzahl von sechs auf neun erhöht und das Rotationsprinzip alle zwei Jahre greifen, wobei die Ernennung weiterhin auf sechs Jahre erfolgen soll. Wichtig wäre es auch, wie Medienfachleute schreiben, die Stimme der Bürger in den öffentlich-rechtlichen Medien zu stärken. Ein Gesetz ist momentan aber noch nicht ins Parlament eingebracht worden. Dies ist für das Ende des Jahres geplant.

Ungleich schwieriger gestaltet sich hingegen die von der Regierung bereits im Wahlkampf angekündigte Reform des Abtreibungsrechts. Im Oktober 2020 hatte das polnische Verfassungsgericht bekanntlich das Abtreibungsgesetz von 1993 in wesentlichen Teilen aufgehoben. Dieses Gesetz hatte einen Schwangerschaftsabbruch in drei Fällen gestattet: wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter darstellt, wenn der Fötus schwer geschädigt ist und wenn die Schwangerschaft Ergebnis einer Straftat ist. Seitdem hatte es immer wieder Versuche gegeben, entweder den Schwangerschaftsabbruch auch auf der Grundlage einer sozialen Indikation zuzulassen oder aber einen Abbruch noch weiter einzuschränken, aber bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts vom Oktober 2020 blieb das Gesetz von 1993 in Kraft. Das Verfassungsgericht hob in seinem Urteil die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs im Falle einer schweren Schädigung des Fötus auf, was eine deutliche Verschärfung der Rechtslage darstellt und in der Folge zu Protesten geführt hat. Kritisiert wurde einerseits, dass sogenannte Doubles, also verfassungsmäßig nicht korrekt gewählte Richter, an der Entscheidung des Verfassungsgerichts beteiligt waren, und andererseits, dass dies eine gravierende Einschränkung von Frauenrechten bedeute. Dies umso mehr, als in der Folge auch einzelne Ärzte dann den Eingriff verweigerten, wenn er auch sogar nach der restriktiveren Variante eigentlich möglich gewesen wäre. Gegen drei Krankenhäuser sind daher bereits vom Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ) Geldstrafen verhängt worden. Nach dem Bekanntwerden des Urteils, im Gesetzesblatt wurde es erst im Januar 2021 veröffentlicht, haben die KO und die Linke angekündigt, sich im Falle eines Wahlsieges in den Parlamentswahlen für eine Liberalisierung einzusetzen und tatsächlich wurden noch vor Konstituierung der neuen Regierung im November 2023 erste Anträge für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts von der Linken in den Sejm eingebracht. Ein Gesetzesprojekt wollte die Strafbarkeit für einen Schwangerschaftsabbruch aufheben und kon-

krete Hilfe für Frauen benennen, das andere Gesetzesvorhaben wollte den Abbruch bis zur 12. Woche zulassen, danach nur im Fall, wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für Leib und Leben der Frau darstellt, bei schwerer Schädigung des Fötus und wenn die Schwangerschaft Folge einer Straftat ist. Inzwischen liegen weitere Gesetzesprojekte aus der Regierungskoalition vor, also auch von der KO und dem Dritten Weg. Das Projekt der KO ist nahezu identisch mit dem von Die Linke, setzt aber neben der Legalisierung des Abbruchs bis zur 12. Woche und dem möglichen Abbruch in drei Fällen nach der 12. Woche auch auf Sexualerziehung. Der Dritte Weg hingegen möchte zur Variante des Gesetzes vor dem Urteil des Verfassungsgerichts zurückkehren, das heißt eine Legalisierung des Abbruchs vor der 12. Woche ist nicht vorgesehen. Präsident Duda hat aber bereits mehrfach verkündet, dass er gegen die Legalisierung eines Abbruchs bis zur 12. Woche ist und auch gegen eine eugenische Indikation. Ein Gesetz für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts werde er also nicht unterschreiben. Daher verwundert es nicht, dass Ministerpräsident Donald Tusk im August öffentlich verkündete, dass es im aktuellen Sejm keine Mehrheit für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts gebe. Es liegt jedoch nicht nur am potenziellen Veto des Präsidenten: Bei einer ersten Abstimmung über ein Gesetzesprojekt, das den Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche möglich machen sollte, stimmten auch Abgeordnete des Regierungslagers dagegen, insbesondere Abgeordnete der Bauernpartei, die zum Dritten Weg gehören. Damit bleibt die Situation von Schwangeren in Polen weiterhin äußerst prekär. Die Vereinigung für Frauen und Familienplanung (Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny) geht von einigen Zehntausenden Abbrüchen jährlich aus, von denen viele nun entweder illegal oder aber im Ausland durchgeführt werden. Offiziell waren es in den Jahren nach Verschärfung des Abtreibungsrechts nur noch einige hundert Eingriffe in Polen.

Ein anderes wichtiges Betätigungsfeld der neuen Regierung, um die Jahre der PiS-Regierungen aufzuarbeiten, ist die Schließung von Instituten. Insbesondere Institute, die im Rahmen der PiS-Geschichtspolitik gegründet wurden, sind von Schließung bedroht. So wurde das Institut De Republica, das 2021 von Ministerpräsident Morawiecki gegründet wurde, um polnische wissenschaftliche Publikationen im Ausland und in Polen zu fördern, zum 30. Juni 2024 geschlossen. Gleiches gilt für das Roman Dmowski und Ignacy Jan Paderewski Institut des Erbes des Nationalgedankens (Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignacego Jana Paderewskiego), das im Februar 2020 seine Tätigkeit aufnahm und nun am 24. Juni 2024 geschlossen wurde. Es verfügt nur noch über Mittel, um seine Tätigkeit abzuwickeln. Ministerpräsi-

dent Tusk möchte ferner von den insgesamt 39 Instituten, die beim Amt des Ministerpräsidenten angesiedelt sind, elf schließen, unter anderem auch das Regierungsanalysezentrum (Rządowe Centrum Analiz), ein Beratungsorgan. Auch das 2021 gegründete Generationeninstitut (Instytut Pokolenia) wurde im Februar 2024 geschlossen. Beim 2021 gegründeten Jan Karski Institut für Kriegsverluste (Instytut Strat Wojennych im. Jana Karskiego) wurde hingegen ebenso wie beim West-Institut (Instytut Zachodni), gegründet 1945, der wissenschaftliche Beirat abberufen, beim Karski-Institut zusätzlich noch der Direktor und sein Stellvertreter. Das weitere Schicksal beider Institute ist gegenwärtig unklar. Dabei verfolgt der Ministerpräsident wohl mehrere Ziele. Einerseits gilt es, den Wildwuchs etwas zu kürzen, da alle diese Institutionen doch erhebliche personelle und materielle Kosten verursachen. Andererseits soll auch das PiS-Umfeld beschnitten werden. Jedoch sollte bei der Schließung von Instituten auch eine Abwägung ihres wissenschaftlichen Outputs erfolgen. Das 2006 gegründete Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) ist hingegen trotz Ankündigungen bisher nicht geschlossen worden.

### Außenpolitischer Neuanfang

In vielerlei Hinsicht einfacher als die innenpolitische Aufarbeitung der PiS-Regierungsjahre ist hingegen ein außenpolitischer Neuanfang, der insbesondere im Verhältnis zu Deutschland und auf europäischer Bühne, also im Verhältnis zur EU notwendig war.

Die Spannungen zwischen den PiS-Regierungen und unterschiedlichen deutschen Bundesregierungen waren in den letzten Jahren unübersehbar. Hintergrund waren dabei u. a. erstens ungelöste Fragen der Vergangenheit und zweitens unterschiedliche Vorstellungen über die EU und die von ihr zu verfolgende Politik. Zwar sind die Anfang September 2022 von polnischer Seite vorgebrachten Reparationsforderungen in Höhe von 1,3 Billionen Euro juristisch wohl nicht durchzusetzen und sie passen wohl auch nicht mehr ins bilaterale Verhältnis 35 Jahre nach dem Ende des Sozialismus und fast 80 Jahre nach Kriegsende. Fakt ist aber auch, dass Deutschland keine nennenswerten Reparationen an Polen gezahlt hat gemessen an den polnischen Opferzahlen und den materiellen Verlusten. Ein mindestens symbolischer Abschluss dieser Diskussionen steht nach wie vor aus. Hinsichtlich der EU war die PiS-Regierung hingegen bemüht, den Nationalstaat und die nationale Souveränität generell und die polnische Position in der EU im Besonderen zu stärken. In Deutschland und in deutschem Einfluss sah sie eher eine Gefahr. Beide Diskurse, der gegenüber Deutschland und der gegenüber der EU, waren im PiS-Milieu bei aller berechtigten Kritik stets auch mit Verzerrungen und Überzeichnungen gespickt.

Dies scheint sich nun – trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten beispielsweise in der Frage der Migration – zu ändern. Nach sechs Jahren Pause fanden Anfang Juli 2024 in Warschau wieder deutsch-polnische Regierungskonsultationen statt, die diesen Neuanfang bezeugen. Der gemeinsam verabschiedete Aktionsplan umfasst 40 Seiten und benennt zahlreiche Politikfelder, in denen die Zusammenarbeit vertieft werden soll – bilateral, aber auch auf europäischer Ebene (s. Rubrik »Dokumentation«). So soll die Europäische Union gestärkt und Reformen der EU sollen in einer bilateralen Arbeitsgruppe erörtert werden. Bemerkenswert ist, dass dieser Aktionsplan mit der Geschichte beginnt. Die Gründung eines Deutsch-Polnischen Hauses in Berlin als Erinnerungsort für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges wird ebenso genannt wie das gemeinsame Schulbuchprojekt. Unterstrichen wird auch die Absicht, in der Erinnerungspolitik enger zusammenzuarbeiten, wie auch generell bilaterale Formen des Dialogs wie beispielsweise das Deutsch-Polnische Forum gefördert werden sollen. Auch in den Antworten der beiden Regierungschefs zum Abschluss der Regierungskonsultationen (s. Rubrik »Dokumentation«) wird deutlich, dass beide Seiten einen Neuanfang in den Beziehungen wünschen und dazu gehört die Zusammenarbeit auf bilateraler wie auch europäischer Ebene. Hinsichtlich der Reparationsforderungen betont Bundeskanzler Olaf Scholz die deutsche Rechtsposition und auch Ministerpräsident Donald Tusk lässt erkennen, dass diese Frage bereits (negativ) entschieden worden sei. Wichtig ist für Tusk allerdings, dass Deutschland Verantwortung übernimmt, einerseits für die Vergangenheit beispielsweise bezüglich von Entschädigungsleistungen für noch lebende NS-Opfer, andererseits für die gemeinsame Sicherheit Europas.

Auch in der Europapolitik hat sich die Regierung Tusk bemüht, wieder in den engeren Kreis der wichtigen EU-Mitglieder zurückzukehren. Erstens wollte Polen die aufgrund des Rechtsstaatsverfahrens blockierten EU-Mittel für Polen erhalten, was Ende Februar 2024 auch gelungen ist, und zweitens gilt es, die polnische Ratspräsidentschaft in der EU im ersten Halbjahr 2025 vorzubereiten. Daher setzt die neue Regierung wieder deutlich auf eine enge Abstimmung mit Brüssel und mit europäischen Partnern. In seinem Exposé vom April 2024 hat Außenminister Radosław Sikorski vor dem Sejm mit verschiedenen Mythen der PiS bezüglich der EU aufgeräumt. Diese stelle keineswegs einen Angriff auf die Souveränität Polens dar und sei nicht mit der Sowjetunion vergleichbar, sondern bringe Freiheit und gemeinsamen Nutzen. Nicht sogenannte Eurokraten, sondern Abgeordnete aus den Mitgliedsländern und die Mitgliedsstaaten selber gestalteten die EU. Zudem gehe es bei der EU nicht nur um den Gewinn möglichst

großer Zuwendungen, sondern vor allem um die Mitgestaltung Europas.

Damit wird deutlich, dass die neue Regierung nicht nur das Verhältnis zur EU verbessern möchte, sondern auch dem negativen Diskurs über die EU – der trotz hoher Zustimmungsraten in Polen von der PiS gepflegt wird – etwas entgegenstellen möchte. Auch im Verhältnis zur EU ist also ein Neuanfang mehr als deutlich.

### Herausforderungen für die nächsten Monate

Die Aufarbeitung der PiS-Regierungsjahre bleibt auch in den kommenden Monaten schwierig. Nach den Parlamentswahlen musste zunächst eine Regierung gebildet werden, was Präsident Duda mit der Nominierung von Mateusz Morawiecki (PiS) für das Amt des Ministerpräsidenten, trotz nicht vorhandener Aussichten auf eine Parlamentsmehrheit, um mehrere Wochen verzögerte. Die Regierung konnte so erst Anfang Dezember gebildet werden. Anschließend standen Kommunal- und Regionalwahlen im April und Europawahlen im Juni 2024 an. Hinzu kommt die Kohabitation zwischen Präsident Duda und der Regierung, die schwierig verläuft, da der Präsident mit Veto-Drohungen als Bremsen auf dem Weg zurück zu rechtsstaatlichen Strukturen auftritt. Ungewiss ist allerdings auch, ob die Präsident-

schaftswahlen im kommenden Jahr einen KO-Kandidaten ins Präsidentenamt bringen werden. Gegenwärtig sind die Umfragen äußerst knapp.

Auf dem Weg zu mehr demokratischer Resilienz kann die Regierung dennoch erhebliche Schritte unternehmen, von denen einige zumindest eingeleitet wurden. Der Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien wurde ebenso begonnen wie die strafrechtliche Aufarbeitung von Veruntreuung, Amtsmissbrauch und Günstlingswirtschaft. Allerdings sind hier keine schnellen Ergebnisse zu erwarten. Eine weitere Stärkung der regionalen Selbstverwaltung wurde im Oktober 2024 mit einem Gesetz über die Einkünfte der regionalen Selbstverwaltung vorgenommen. Deren eigene Einnahmen sollen danach wachsen, die Abhängigkeit von zentralen Steuereinnahmen und somit von der Politik vermindert werden – auch dies ein Punkt des Koalitionsvertrags. Drängend bleibt jedoch nach wie vor die Frage der Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Tusks Ankündigung, dass er dafür keine Mehrheit im aktuellen Sejm sehe, kann nicht der Schlusspunkt unter die öffentliche Diskussion sein. Spätestens im Präsidentschaftswahlkampf wird das Thema wieder auf der Agenda stehen und womöglich wahlentscheidend sein. Es bleibt spannend an der Weichsel.

#### Über den Autor

Prof. Dr. *Stefan Garsztecki*, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der Technischen Universität Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa. Zuletzt erschien:

Garsztecki, S.; Grzeszczak, R.; Maatsch, A.; Wojtaszyn, D. (2023): Das politische System Polens (Baden-Baden: NOMOS). ISBN 978-3-8487-7197-4.

## DOKUMENTATION

### Deutsch-Polnischer Aktionsplan (Juli 2024)

*Mit einem gemeinsamen Aktionsplan haben die deutsche und die polnische Regierung konkrete Initiativen und Projekte benannt, durch die die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland gestärkt werden soll.*

#### Präambel

[...]

Gemeinsam haben wir das Ziel, überzeugende Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden und unsere europäische Zukunft zu gestalten, ohne dabei die Vergangenheit zu vergessen. Wir sind uns bewusst, dass Erinnerung und Aussöhnung in den deutsch-polnischen Beziehungen ihren festen Platz haben müssen. Aussöhnung ist ein Prozess, der keinen Schlussstrich erlaubt. Er wird an die nächste Generation weitergegeben und stets aufs Neue erfahren.

Die Regierungen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland sind fest entschlossen, durch konkretes Handeln die Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen und haben sich daher bei den diesjährigen



Regierungskonsultationen am 2. Juli 2024 in Warschau auf den folgenden Aktionsplan geeinigt, in dem die Ausrichtung unserer Zusammenarbeit niedergelegt ist und der ein ganzes Bündel neuer Initiativen und Projekte umfasst.

## Zusammenarbeit in bilateralen Angelegenheiten

[...]

### Die Rolle der Geschichte

Die Vergangenheit spielt für die deutsch-polnischen Beziehungen eine besondere Rolle. Der Zweite Weltkrieg und die Untaten und Verbrechen, die die deutschen Aggressoren in der NS-Zeit an Polinnen und Polen begangen haben, sind im historischen Gedächtnis noch ausgesprochen präsent. Für viele Polinnen und Polen zählen diese Erinnerungen zur kollektiven Identität.

Die beiden Regierungen führen einen intensiven Dialog über Maßnahmen zur Unterstützung für die noch lebenden Opfer des deutschen Angriffs und der Besetzung in den Jahren 1939 bis 1945, des Gedenkens sowie der Sicherheit. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess wird die Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung spielen.

Vor diesem Hintergrund legen wir besonderen Wert auf die Gründung eines **Deutsch-Polnischen Hauses** im Zentrum Berlins zur Erinnerung an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs. Zudem legen wir besonderen Wert auf die schnellstmögliche Fertigstellung eines Projekts, das an einem zentralen Standort in Berlin in würdiger Weise an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs erinnert. Im Rahmen des Deutsch-Polnischen Hauses sollte insbesondere ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besetzung Polens von 1939 und 1945 errichtet werden. Dieses Denkmal wird durch einen informativen Teil in Form einer Dauerausstellung erweitert, die ein umfassendes Bild der deutschen Besetzung Polens zeichnet.

Wir erkennen die Anstrengungen und die jahrelange Arbeit an, die polnische und deutsche Fachleute und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in das Projekt eines **deutsch-polnischen Geschichtsschulbuches** mit dem Titel »Europa – Unsere Geschichte« investiert haben. Wir verpflichten uns, die breite Verwendung des Schulbuches als Unterrichtsmaterial in polnischen und deutschen Schulen zu fördern.

Wir arbeiten daran, die Zusammenarbeit in der **Erinnerungspolitik** zu stärken, unter anderem mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität (ENRS). Wir werden gemeinsam noch stärker darauf hinarbeiten, dass weitere europäische Länder sich am ENRS beteiligen.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit der **Staats- und Bundesarchive** beider Länder, insbesondere der Staatlichen Archive Polens (Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych) und des Bundesarchivs. Die verbesserte Zusammenarbeit kann die Recherche zu Sammlungen, die verschiedenen Möglichkeiten der beiderseitigen Nutzung von Ressourcen und digitalen Kopien, die Sicherung von Sammlungen und das Management einer modernen digitalen Dokumentation umfassen.

Die polnische Seite wird zu einer Konferenz der aktuell in Polen und Deutschland existierenden Museen und Gedenkstätten einladen, die an im Zweiten Weltkrieg verübte Verbrechen erinnern. Die Konferenz wird sich zu einer Plattform für Fachleute entwickeln, die dem Austausch von Erfahrungen beim Schutz und Management von Gedenkstätten dient (Dialog, Informationsaustausch, Zusammenarbeit, Erarbeitung von Programmen, Formulierung von Empfehlungen für die Zukunft entsprechender Einrichtungen und für ihre Organisatoren).

[...]

Quelle: Die Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975244/2295276/b5e9e128f9d0909349fd9a57f04cbe69/2024-07-02-deu-pol-aktionsplan-de-data.pdf?download=1> (abgerufen am 09.10.2024).

## Deutsch-polnische Regierungskonsultationen am 2. Juli 2024, Pressekonferenz

*Deutschland und Polen sind strategische Partner und Verbündete. Wie die Beziehung der beiden Nachbarn künftig noch enger werden kann, darüber haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz, Polens Ministerpräsident Donald Tusk sowie Mitglieder beider Regierungen bei den 16. Deutsch-Polnischen Regierungskonsultationen in Warschau ausgetauscht.*

Warschau, 2. Juli 2024

Mitschrift der Pressekonferenz

(Die Protokollierung des fremdsprachlichen Teils erfolgte anhand der Simultandolmetschung.):

**Ministerpräsident Tusk:** Herzlich willkommen, meine Damen und Herren. Noch einmal begrüße ich aufs Herzlichste Herrn Bundeskanzler. Lieber Olaf, ich freue mich sehr, dass wir uns heute treffen konnten, hier in Warschau, hier in diesem tollen Format der Regierungskonsultationen. Das heißt, beide Ministerräte konnten sich an einem Ort austauschen. Es gab genug Themen, um zu diskutieren und sich auszutauschen. Nach vielen Jahren haben wir uns zum ersten Mal in diesem Format wiedergetroffen. Es war unsere Absicht, hier den deutsch-polnischen Beziehungen, der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, neue Impulse zu verleihen.

In diesen Zeiten der russischen Aggression gegen die Ukraine, in Zeiten der politischen Schwierigkeiten, sollte keiner Zweifel daran haben, wie wichtig die deutsch-polnische Zusammenarbeit ist. Wir hatten eine freundschaftliche Atmosphäre. Es ging hier um eine europäische gemeinsame Politik für die Zukunft der Ukraine, um zugunsten dieser Zukunft gemeinsam zu agieren, um die Zukunft der Europäischen Union aufzubauen. Wir haben beschlossen, mehr in diesen gemeinsamen Formaten zusammenzuarbeiten. Das wurde auch heute bei den Konsultationen beschlossen.

Wir sind von Anfang an bemüht, weiterhin eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens aufzubauen. Auch wenn wir unterschiedliche Meinungen haben, arbeiten wir daran, wie gemeinsame Lösungen gefunden werden können. Das ist ein Schwerpunkt, eine Priorität.

[...]

Unser Projekt, das Ostschild, ist – gemeinsam mit dem Projekt der baltischen Staaten – ein infrastrukturelles Projekt, das die Sicherheit der europäischen Außengrenzen stärken soll.

Ich habe keine Zweifel, dass es auch im Interesse des deutschen Staates liegt, dass diese Grenze auf eine effiziente Art und Weise geschützt werden kann und Europa, Deutschland und Polen auch im Fall einer Aggression seitens der östlichen Grenze sicher sind. Das bedarf koordinierter gemeinsamer Aktivitäten, was das Entgegenwirken illegaler Migrationen anbelangt. Unsere beiden Staaten sind ein Opfer des organisierten Vorgehens, das von Putin und Lukaschenko organisiert wird. Unsere Grenze wird jeden Tag attackiert. Deutschland ist das Hauptziel dieser illegalen Migration. Das heißt, wir haben ein gemeinsames Interesse, dem entgegenzuwirken.

[...]

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit ist sehr wichtig, auch in der Dimension der europäischen Werte und Fundamente. Es ist kein Zufall, dass sich unsere Ministerinnen und Minister über Kultur, über Werte, ausgetauscht haben und sie dem so viel Zeit gewidmet haben wie den Fragen der Rechtsstaatlichkeit.

Es wäre mein Wunsch – auch der Herr Bundeskanzler hat den Wunsch –, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit Europa stabilisiert – als ein politisches Gebilde, eine politische Organisation. Ich wünsche mir, dass unsere Maßnahmen und Aktivitäten diese Grundwerte stabilisieren und stärken, die an verschiedenen Orten in Europa gefährdet sind, etwa durch Angriffe von extremen politischen Kräften, von radikalen Kräften.

Dieser Raum ist geradezu dafür geschaffen, dass Deutschland und Polen zusammenarbeiten. Unsere Beziehungen können ein Vorbild für viele andere Länder sein, auch weltweit.

Die deutsch-polnischen Beziehungen beruhen auf Frieden, Freiheit, internationaler Ordnung, Sicherheit, europäischer Rechtsordnung. Wir werden in den nächsten Wochen, Monaten und Tagen über viele Dinge weiter diskutieren. Als Historiker habe ich eine Lektion in meinem Kopf, im Herzen. Gleichzeitig bin ich ein polnischer Politiker, der in Danzig geboren wurde und alle komplizierten Verflechtungen unserer gemeinsamen Geschichte gut versteht.

Die Lehre, die wir gemeinsam zu ziehen haben – eine Lektion, die in der Geschichte verwurzelt ist –, ist die folgende: Kein anderes Volk wie das deutsche und das polnische sollten ein solches Gefühl der Verantwortung für den Schutz Europas vor Außengefahren haben – Polen als eines der größten Opfer des Zweiten Weltkriegs, Deutschland als Täter und Verursacher dieser Tragödie des Zweiten Weltkriegs. Als europäische Völker sollten sie heute gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Europa sicher ist, dass sich die Tragödie des Krieges auf unserem Boden nie wiederholen darf.

Deshalb: Abgesehen von unseren Interpretationen, manchmal Streitigkeiten in Bezug auf die Details und die Techniken, wie wir es zu bewerkstelligen haben, kann ich mir nicht vorstellen, dass Deutschland nicht zu einer führenden Nation wird in Sachen gemeinsamer europäischer, darunter polnischer Sicherheit. Darüber haben wir uns auch

lange ausgetauscht. Ich bin sehr glücklich und froh darüber, dass dafür volle Offenheit und Verständnis seitens des Bundeskanzlers Olaf Scholz herrscht.

Nichts ist zu Ende gegangen, nichts hat angefangen. Wir sind inmitten dieses langen Prozesses der Normalisierung zunächst der deutsch-polnischen Beziehungen, dann des Aufbaus einer gemeinsamen europäischen Familie, dessen Teil unsere Völker sind. Die deutsch-polnischen Beziehungen haben verschiedene Phasen durchgemacht. Wie Sie wissen, verweigert mir niemand Kompetenzen, was die deutsch-polnischen Angelegenheiten anbelangt. Manche machen das böseartig, manche mit Enthusiasmus. Aber ich glaube, wir beide sind am richtigen Ort, um Sorge tragen zu dürfen, dass diese Beziehungen wirklich Beziehungen sind, die von gegenseitigem Vertrauen gekennzeichnet sind, von Geduld, wenn dies notwendig ist.

Wir sind auf dem guten Weg, auf dem richtigen Weg, um mit Überzeugung von Freundschaft zwischen unseren Völkern sprechen zu können. Auch andere Staaten warten auf dieses Kommuniké, sei es wegen der Kämpfe in der Ukraine. Alle schauen sich die deutsch-polnischen Beziehungen mit Hoffnung an. Denn sie können verschiedene interessante Möglichkeiten eröffnen – für ganz Europa, für die Ukraine, für Deutschland und aus meiner Sicht natürlich vor allem für Polen.

Vielen Dank also für dieses Treffen. Wir beginnen ernsthaft, an den Details zu arbeiten. Ich hoffe, Deutschland und Polen werden von ganz Europa mit einem sicheren Europa assoziiert. Daran wollen wir intensiv arbeiten.

Noch einmal vielen herzlichen Dank.

**Bundeskanzler Scholz:** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Donald, dzień dobry! Ich freue mich sehr, heute hier bei Ihnen in Warschau zu sein. Das ist ein gutes Treffen, und es hat einen guten Verlauf genommen. Ich möchte mich deshalb im Namen der gesamten Bundesregierung für die Einladung und die Gastfreundschaft bedanken, die wir hier erfahren haben.

Zehn Bundesministerinnen und Bundesminister, zwei Staatsministerinnen und der Beauftragte für die Beziehungen zu Polen sind heute hierhergekommen – ein ganz deutliches Zeichen, welche Bedeutung gute Beziehungen zu Polen für die deutsche Regierung haben.

Wir haben eine sehr klare Botschaft im Gepäck: Deutschland und Polen sind gute Nachbarn, enge Partner und verlässliche Freunde, und wir wollen eine neue Dynamik für unsere Zusammenarbeit schaffen. In vielen Bereichen gibt es großes Potenzial für eine noch engere Partnerschaft in der Zukunft.

Mit dem heute beschlossenen deutsch-polnischen Aktionsplan vereinbaren wir eine ganze Palette von Themen und Projekten, an denen Deutschland und Polen in den nächsten Jahren konkret zusammenarbeiten werden – zum Wohle unserer beiden Staaten, aber auch zum Wohle des Friedens und der Sicherheit in Europa und für unsere gemeinsame Prosperität. [...]

Die enge Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen ist für uns ganz zentral. Deutschland wünscht sich eine starke polnische Stimme in Europa. Um eine gute Zukunft gestalten zu können, ist natürlich ein unverstellter Blick auf die Vergangenheit unverzichtbar.

In diesem Jahr jährt sich der Warschauer Aufstand zum 80. Mal und der entsetzliche brutale deutsche Überfall auf Polen zum 85. Mal. Wir Deutsche haben im Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid über die polnischen Bürgerinnen und Bürger, unsere Nachbarn, gebracht. Deutschland weiß um die Schwere seiner Schuld, um seine Verantwortung für die Millionen Opfer der deutschen Besatzung – und um den Auftrag, der daraus erwächst. Deutschland wird sich deswegen auch um Maßnahmen zur Unterstützung der noch lebenden Opfer des deutschen Angriffs und der Besatzung in den Jahren 1939 bis 1945 bemühen.

Deutschland wird außerdem das Erinnern und Gedenken an unsere leidvolle gemeinsame Geschichte stärken. Dafür hat das Bundeskabinett vergangene Woche beschlossen, in Berlin einen Ort des Gedenkens zur Erinnerung an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besatzung zu errichten. Das Deutsch-Polnische Haus soll ein sichtbares Zeichen gegen das Vergessen und eine Mahnung für die Zukunft sein.

Besonders wichtig: Unsere Verantwortung für die Vergangenheit bedeutet auch Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft, für die Verteidigung unserer Werte, unserer Sicherheit und unserer Freiheit. Die Sicherheit Deutschlands und Polens sind untrennbar miteinander verbunden. Das heißt, die Sicherheit Polens ist auch Deutschlands Sicherheit. Dafür stehen wir ein – als Nachbarn, als Alliierte in der NATO und als Partner in der Europäischen Union. Unsere Solidarität und unser gemeinsames Handeln sind unsere gemeinsame Stärke.

In diesem Bewusstsein werden wir unsere Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung gezielt ausbauen und unsere Fähigkeiten bündeln und miteinander abstimmen. Ganz konkret heißt das: Gemeinsam übernehmen wir eine Führungsrolle im Ostseeraum und beim Schutz der NATO-Ostflanke. [...]

Deutschland und Polen sind enge Partner und treue Verbündete, die Europa gemeinsam zusammenhalten, verteidigen und für die Zukunft weiterentwickeln wollen, ohne dabei den Blick von den düsteren Kapiteln der Vergangenheit zu nehmen.

Lieber Donald, ich bedanke mich noch einmal sehr für den freundlichen Empfang hier in Warschau. Ich bin gern und oft hier.

#### Fragerunde im Anschluss:

**Frage:** Herr Bundeskanzler, Sie haben über die Vergangenheit und über das Bewusstsein der Schwere der Schuld gesprochen. Warum ist es dann nicht gelungen, hier konkrete Maßnahmen und Zahlungen für die noch lebenden Opfer der NS-Herrschaft und der Besatzung zu finden? Diese Opfer sind sehr alt. Es gibt, glaube ich, noch 40.000. Sie haben keine Zeit mehr. Wann soll hierzu etwas Konkretes beschlossen werden, und wie wird es aussehen?

(auf Polnisch) Herr Premierminister, sind Sie enttäuscht, dass es nicht gelungen ist, hier diese konkrete Hilfe für die Opfer der deutschen Besatzung zu beschließen? Wie kann man das der polnischen Öffentlichkeit erklären, und welcher Teil der polnischen Bevölkerung ist der Auffassung, dass die Entschädigungsansprüche in Höhe von über einer Milliarde Euro, die gestellt wurden, richtig sind?

**Bundeskanzler Scholz:** Zunächst einmal schönen Dank für die Frage, auch wenn Sie für mich ein bisschen unverständlich ist. Denn es ist doch ganz klar, dass Erinnerung und Aufarbeitung für uns niemals abgeschlossen sein werden. Deutschland steht zu seiner historischen Verantwortung ohne Wenn und Aber.

Deshalb steht die Bundesregierung zu Fragen der Erinnerung und Aufarbeitung immer im Austausch mit der polnischen Regierung. Wir arbeiten konstant daran, dass wir Verbesserungen erreichen können. Was die Frage von Reparationen betrifft, ist bekannt, wie die Rechtsposition der Bundesregierung ist. Aber das ändert nichts daran, dass wir uns immer wieder und immer wieder neu darum kümmern, wie wir Dinge verbessern können. Deshalb habe ich hier erwähnt, dass wir auch dazu weiterhin Vorschläge machen und Dinge vorantreiben werden, übrigens aus eigener Initiative heraus, weil wir glauben, dass wir diese Verantwortung haben. Darauf kann sich jeder verlassen. Zum Beispiel die Situation älterer Opfer ist eine, die uns sehr bewegt. Diesbezüglich werden wir auch Aktivitäten unternehmen.

**Ministerpräsident Tusk:** Ich bin keineswegs enttäuscht von dem Vorschlag, von der netten Geste des Herrn Bundeskanzlers und der deutschen Bundesregierung. Denn es gibt keine Gesten, die für die Polinnen und Polen wirklich vollständig zufriedenstellend wären. Es gibt keinen Geldbetrag, der für das alles entschädigen könnte, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist. Dabei gibt es zwischen uns beiden auch keine Meinungsunterschiede.

Aus rechtlicher Sicht ist das Reparationsproblem in Verträgen und Regierungsentscheidungen beschrieben worden. Aber es gibt verschiedene Konsequenzen, und man kann verschiedene Schlussfolgerungen, was dies alles an und für sich bedeutet, daraus ziehen.

Für mich ist es wichtig, dass ich heute Worte und Erklärungen gehört habe, die bestätigen, dass in Polen eine allgemeine Überzeugung herrscht, dass die durch die Geschichte erzwungenen Verzichte auf Reparationen die Tatsache nicht verändern – von dieser Tatsache hat auch Herr Bundeskanzler soeben ganz offen gesprochen –, wie viele tragische, schreckliche Verluste an Menschen, an Vermögen, an Territorien Polen infolge der deutschen Aggression hinnehmen musste.

Wenn wir heute hören, nicht im Kontext der Reparationen, dass Deutschland bereit ist, Entscheidungen zu treffen, die imstande wären, jene zu entschädigen, die unmittelbare Opfer des Krieges waren – auch das Gedenken, das ist ganz wichtig für mich –, dass Deutschland bereit ist, mitverantwortlich zu zeichnen für die Sicherheit des gesamten Kontinents, dann wäre das für mich perspektivisch das Glaubwürdigste, was man unternehmen könnte, was auch dem entsprechen könnte, was einst passiert ist. Das heißt, Deutschland ist dazu bereit, viel mehr Verantwortung für die Sicherheit des Kontinents zu übernehmen, dass es bei uns und in Europa keinen Krieg geben wird. Das alles sind Schritte, die in die richtige Richtung gehen.

Kann das die Verluste irgendwie ausgleichen, die Polen im Zweiten Weltkrieg erlitten hat? – Selbstverständlich nicht.

Ich möchte sehr, und Herr Bundeskanzler – das ist mein Eindruck – steht auf der gleichen Seite, dass die Gespräche über die Wiedergutmachung der Verluste, der Leiden, dass die Initiative des Gedenkens, das Deutsch-Polnische Haus, eben dieser Ort des Gedenkens in Berlin, dass auch Gespräche über unsere militärische Zusammenarbeit zugunsten unserer Sicherheit, dass dies gute Beziehungen zwischen Deutschland und Polen aufbauen kann, dass dies nie wieder zum Gegenstand eines diplomatischen Krieges werden kann, ganz zu schweigen von einem wahren Konflikt. Wenn es deutliche Unterschiede zwischen der jüngsten Vergangenheit und dem, was wir heute machen, gibt, dann werden wir natürlich nach Lösungen suchen wollen, die für Polen zufriedenstellend sind, aber nicht im Geiste einer politischen Konfrontation, sondern im Geiste eines gegenseitigen Vertrauens.



So sehe ich auch die heutigen Worte des Herrn Bundeskanzlers als einen Schritt in die richtige Richtung. Die Zukunft wird zeigen, ob sich diese meine Erwartungen und Hoffnungen auf solide Fundamente stützen. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir, anders als es in den letzten Jahren der Fall war, konkrete Effekte erreichen können. Auf diesen Effekten werden wir später auch das Vertrauen aufbauen können.

Enttäuscht bin ich über die Geschichte der letzten hundert Jahre in diesem Teil Europas. Verschiedene Episoden haben mich enttäuscht. Aber heute bin ich aufgebaut, weil wir wirklich die große Bereitschaft haben, über diese Themen zu sprechen. [...]

**Frage:** Ich habe eine Frage zu den Erklärungen, die wir gehört vom Herrn Bundeskanzler gehört haben. Es geht um die Einrichtung eines deutsch-polnischen Hauses und um die Wiedergutmachung für Überlebende im Rahmen einer moralischen Entschädigung. Wird das umgesetzt? Werden nächste Maßnahmen geplant, und wenn ja, dann welche? Was sind die Termine, was ist der zeitliche Ablauf für die Umsetzung dieser Beschlüsse, und warum wird das heute der Öffentlichkeit bekannt gegeben?

**Ministerpräsident Tusk:** Diese Absichten der deutschen Bundesregierung und des Herrn Bundeskanzlers – wir sprechen von Absichten – sind nicht gegen irgendetwas gerichtet, sondern sie ergeben sich aus einem natürlichen Bedürfnis, auch aus ethischen und politischen Überlegungen heraus; das ist also ein Bedürfnis der deutschen Seite. Wir haben uns auch ganz ehrlich und aufrichtig gesagt: Das ersetzt keineswegs das, was Polen verloren hat und was Polen an Verlusten erlitten hat; da kann man überhaupt keine Vergleiche anstellen. Das kann aber sehr gut dazu dienen, dass diese deutsch-polnischen Beziehungen sich erneut öffnen. Auch gute Gesten sind in der Politik sehr wichtig. Ob das wirklich etwas öffnet, werden wir sehen. Das schließt nichts ab, aber das ist schon etwas in solchen sehr empfindlichen, schwierigen Angelegenheiten. Wir beide, der Herr Bundeskanzler und ich, suchen auch nach entsprechenden Methoden, nach adäquaten Worten. Wir sind uns beide dessen bewusst, wie viele empfindliche Angelegenheiten wir hier berühren, und das ist auch ein Ergebnis des heutigen Treffens. Niemand will jemanden irgendwie in einer Sache gegen jemanden, gegen etwas ausspielen.

Was das Thema Reparationen anbelangt, so gab es den Verzicht in kommunistischer Zeit. Das Zweite ist, was wir als Polen von Deutschland gebührend bekommen sollten. Das sagt auch Herr Bundeskanzler, und das ist der große Vorteil dieses Treffens. Aus formeller, aus rechtlicher Sicht sind die Reparationen ein abgeschlossenes Kapitel, und es gibt keinerlei Argumente dagegen. Auch die linke, die sozialdemokratische und die PiS-Regierung – sei es Premierminister Miller oder auch Frau Ministerin Fotyga – haben alle paar Jahre bestätigt, dass die Beschlüsse von einem formellen Verzicht auf Reparationen sprechen. Hier gab es keine Überraschungen. Das Wichtigste ist aber, dass gewisse Fenster und Türen geöffnet werden, wo es möglich ist, und man miteinander auf aufrichtige, ehrliche Art und Weise darüber spricht, wer welche Limits, welche Einschränkungen, welche Prioritäten, welche Schwerpunkte hat und was die Situation in dem einen oder anderen Staat ist. Darüber können wir offen sprechen. Wir verstehen uns gegenseitig. Ich bemühe mich zu verstehen, welche Beschränkungen Sie haben, Herr Bundeskanzler, und der Herr Bundeskanzler versteht auch meine Einschränkungen, meine Limits. Das ist auch ein guter Anfang für gute Gespräche zu anderen Themen.

Sie haben noch gefragt, warum es gerade am heutigen Datum zur Umsetzung dieser Beschlüsse kommt. Die Antwort ist: Weil heute diese Konsultationen stattfinden. Diese Konsultationen sind gerade zu Ende gegangen. Es wäre ja verwunderlich, wenn wir das beim Treffen mit dem portugiesischen Premierminister bekannt machen würden; denn da wäre keiner da, dem man das erklären sollte. Das ist also ein Augenblick, der sich natürlich ergibt, um diese Absichten Deutschlands bekannt zu geben.

Ich kann Sie auch noch einmal beruhigen, was Ihre Frage angeht, wie die Arbeit unserer Teams konkret aussehen soll: Das ist dort viel weiter fortgeschritten. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen auf konkreter Ebene Bescheid, was getan werden kann und wie es getan werden kann. Es wird hier keiner irgendwie getrieben, aber glauben Sie mir: Das alles ist »in progress«, und nicht erst in einigen Jahren, sondern vielleicht schon in einigen Monaten werden Sie sehen, was die Ergebnisse dieser konkreten Arbeiten sind.

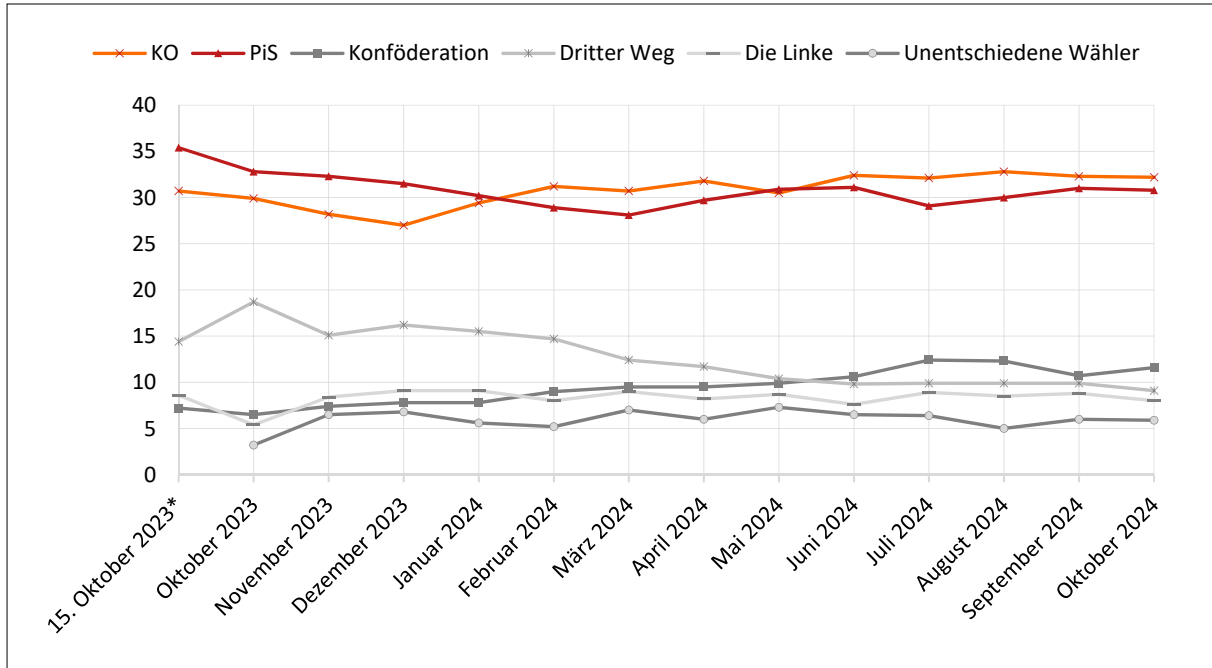
**Bundeskanzler Scholz:** Alles ist gesagt, aber vielleicht noch eine Ergänzung von mir: Was wir tun, tun wir, weil es uns ein Bedürfnis ist und weil wir uns mit Blick auf die Verantwortungen, die wir haben, moralisch und von ganzem Herzen verpflichtet fühlen. Deshalb ist es uns auch wichtig, das tun zu dürfen.

*Quelle: Die Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/deutsch-polnische-regierungskonsultationen-2024-2295270> (abgerufen am 09.10.2024).*

UMFRAGEN

## Parteipräferenzen seit der Parlamentswahl am 15. Oktober 2023

Grafik 1: Parteipräferenzen (monatliche Durchschnittswerte, %)



	2023				2024									
	15. Okt.*	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
KO	30,7	29,9	28,2	27,0	29,4	31,2	30,7	31,8	30,5	32,4	32,1	32,8	32,3	32,2
PiS	35,4	32,8	32,3	31,5	30,2	28,9	28,1	29,7	30,9	31,1	29,1	30,0	31,0	30,8
Konföderation	7,2	6,5	7,4	7,8	7,8	9,0	9,5	9,5	9,9	10,6	12,4	12,3	10,7	11,6
Dritter Weg	14,4	18,7	15,1	16,2	15,5	14,7	12,4	11,7	10,4	9,8	9,9	9,9	9,9	9,1
Die Linke	8,6	5,4	8,4	9,1	9,1	8,0	9,0	8,2	8,7	7,6	8,9	8,5	8,8	8,0
Unentschiedene Wähler		3,2	6,5	6,8	5,6	5,2	7,0	6,0	7,3	6,5	6,4	5,0	6,0	5,9

\*Ergebnis der Parlamentswahlen

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konföderation/Konfederacja; Dritter Weg/Trzecia Droga; Die Linke/Lewica

Quelle: ewybory.eu. <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 15.10.2024).

## CHRONIK

## 17. September – 14. Oktober 2024

17.09.2024	Die Außenminister des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen), Annalena Baerbock, Stéphane Séjourné und Radosław Sikorski, unterzeichnen in Chişinău (Moldawien) eine Erklärung zur Unterstützung des angestrebten EU-Beitritts Moldawiens. Sie sagen zu, Moldawien beim Kampf gegen Destabilisierungsmaßnahmen vonseiten Russlands zu unterstützen.
18.09.2024	Bei einem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk zur Lage in den Hochwassergebieten in Südwestpolen teilt die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) mit, dass sich unberechtigte Personen in Uniform unter die Soldaten mischen und Falschinformationen z. B. über die Sprengung von Dämmen verbreiten würden.
19.09.2024	Auf Einladung von Ministerpräsident Donald Tusk treffen sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der Bundeskanzler von Österreich, Karl Nehammer, Petr Fiala, Regierungschef von Tschechien, und Robert Fico, Ministerpräsident der Slowakei, sowie Tusk in Breslau (Wrocław). In Breslau beträgt der Wasserstand infolge des Hochwassers in Südwestpolen aktuell über sechs Meter, das ist drei Meter höher als normal. Von der Leyen sagt den betroffenen Staaten der Region 10 Mrd. Euro aus dem Kohäsionsfonds für den Wiederaufbau nach den Überschwemmungen zu. Polen soll davon 5 Mrd. Euro erhalten.
20.09.2024	Auf einer Pressekonferenz in Łwówek Śląski teilt Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz mit, dass mehr als 25.000 Soldaten der polnischen Streitkräfte zusammen mit anderen Ordnungsdiensten in den Hochwassergebieten im Südwesten Polens im Einsatz sind.
21.09.2024	Infolge des Hochwassers und schwerer Schäden durch Überschwemmungen wird der Katastrophenfall auch für einige Kreise der Woiwodschaft Lebusier Land (województwo lubuskie) verhängt. Der Katastrophenfall gilt bereits für Teile der Woiwodschaften Niederschlesien, Oppeln und Schlesien (woj. dolnośląskie, opolskie, śląskie). Er ist auf 30 Tage befristet.
22.09.2024	Zu Beginn seines viertägigen USA-Aufenthaltes besucht Präsident Andrzej Duda mit seiner Ehefrau das Sanktuarium National Shrine of Our Lady of Czestochowa in Doylestown, Bundesstaat Pennsylvania. Vor mehreren Hundert Angehörigen der Polonia ruft Duda zur Teilnahme an den US-Präsidentenwahlen im November sowie allgemein an Wahlen auf. Die polnische Community in den USA solle ein Akteur sein, der nicht übergangen werden könne, so Duda. Die Stärke der polnischen Community in den USA solle auch von der Stärke des Vaterlandes zeugen und eine starke Fürsprache für Polen sein.
23.09.2024	Das Innenministerium warnt vor Desinformation und falschen Spendenaufrufen im Zusammenhang mit den Überschwemmungen und dadurch eingetretenen Schäden in den Hochwassergebieten im Südwesten Polens.
24.09.2024	Das Europäische Parlament lehnt mit 395 Stimmen (142 Gegenstimmen) einen Beschlussentwurf ab, der die finanzielle und weitere Unterstützung für die Ukraine im russischen Angriffskrieg mit der Verpflichtung verknüpft, dass sich die Ukraine für das Massaker in Wolhynien an polnischen Staatsbürgern (1943 bis 1945) entschuldigt und die Exhumierung der Opfer ermöglicht. Den Entwurf haben Abgeordnete der polnischen recht-nationalen Konföderation (Konfederacja) eingebracht.
24.09.2024	In seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York warnt Präsident Andrzej Duda davor, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als einen »eingefrorenen Konflikt« zu akzeptieren. Der Bruch Russlands mit internationalen Rechtsnormen müsse aufgehalten werden, um Nachahmung zu verhindern.
25.09.2024	Der Hochwasserkrisenstab teilt auf einer Pressekonferenz in Breslau (Wrocław) mit, dass im Zusammenhang mit den aktuellen Überschwemmungen in Südwestpolen bisher sieben Personen zu Tode kamen und eine Person vermisst wird.
25.09.2024	Ministerpräsident Donald Tusk gibt vor dem Sejm eine Regierungserklärung zum Hochwasser in Südwestpolen und am weiteren Oderverlauf ab. Die Regierung stellt Soforthilfen für Geschädigte in Höhe von 10.000 Zloty (ca. 2.330 Euro) pro Berechtigtem bereit. Weiter können Betroffene finanzielle Hilfe bis zu 200.000 Zloty (ca. 28.000 Euro) beantragen, die nicht zurückgezahlt werden muss.
26.09.2024	Präsident Duda beruft Marcin Kierwiński (Bürgerplattform/Plaforma Obywatelska – PO) zum Regierungsbeauftragten für den Wiederaufbau nach dem Hochwasser im Südwesten Polens. Duda dankt Kierwiński, dass er für die Ausübung dieser Aufgabe auf sein Mandat im Europäischen Parlament verzichtet.

29.09.2024	Die Landesstaatsanwaltschaft teilt im Kurznachrichtendienst X mit, dass Generalstaatsanwalt und Justizminister Adam Bodnar an den Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung des Europaparlamentes einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des Politikers Marcin Romanowski gestellt hat. Romanowski wird in seiner Amtszeit als polnischer Vizejustizminister (2019 bis 2023) Veruntreuung von Geldern des Ressortauswertungs- und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Es soll um eine Summe in Höhe von ca. 24 Mio. Euro gehen.
30.09.2024	Politiker liberalkonservativer und linker Parteien kritisieren Präsident Andrzej Duda, der vor zwei Tagen in Tschechien am Geburtstagsempfang des ehemaligen Präsidenten Tschechiens, Miloš Zeman, teilgenommen hat. Zu den Gästen des umstrittenen tschechischen Politikers gehörten auch die russlandfreundlichen Präsidenten der Slowakei und Serbiens, Peter Pellegrini bzw. Aleksandar Vučić, sowie der Regierungschef von Ungarn, Viktor Orbán, und der Ministerpräsident der Slowakei, Robert Fico. In einem Radiointerview mit TOK FM sagt Außenminister Radosław Sikorski, er habe Duda im Vorfeld von der Reise abgeraten.
01.10.2024	Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die US-amerikanische Regierung Polen einen Direktkredit in Höhe von 3,1 Mrd. US-Dollar gewährt hat. Er soll für die Finanzierung des Kaufes von AH-64 Apache-Kampfhubschraubern verwendet werden.
02.10.2024	Die Parlamentarische Versammlung des Europaparlamentes entzieht dem Politiker Marcin Romanowski, ehemaliger Vize-Justizminister Polens (2019 bis 2023), die Immunität. Den Antrag hat der Generalstaatsanwalt und Justizminister Polens, Adam Bodnar, gestellt, um Untersuchungen zur Veruntreuung von öffentlichen Geldern in Höhe von ca. 24 Mio. Euro durchführen zu können.
07.10.2024	Staatspräsident Andrzej Duda verweist zwei Gesetze zur Überprüfung an das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK). Die Gesetze betreffen die Reform des TK, die die Regierungskoalition aus Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Dritter Weg (Trzecia Droga – TD) und Die Linke (Lewica) betreibt, um die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Das TK war unter der Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Rahmen einer Justizreform umgebaut worden. Duda steht dem PiS-Lager nahe.
09.10.2024	In Prag finden die polnisch-tschechischen Regierungskonsultationen statt. Auf der Pressekonferenz im Anschluss sagt Ministerpräsident Donald Tusk, Polen und Tschechien werden in der Europäischen Union auf eine ernsthafte Diskussion der europäischen Migrationspolitik bestehen. Die EU-Mitgliedsländer sollen vor zunehmend auftretender extern gesteuerter illegaler Immigration geschützt werden. So sei es die Aufgabe der EU, ihre Außengrenzen zu schützen und nicht, Binnengrenzen zu blockieren. Der tschechische Regierungschef Petr Fiala kündigt die bilaterale Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Atomenergie an.
10.10.2024	Außenminister Radosław Sikorski empfängt den Präsidenten des schwedischen Reichstages, Andreas Norlén. Thema der Gespräche ist u. a. die von Russland und Belarus beförderte illegale Immigration in die Europäische Union und Gegenmaßnahmen dazu. Polen wird das Thema zu einem Schwerpunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2025 machen.
12.10.2024	Auf einem Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Przysucha unterzeichnen Parteichef Jarosław Kaczyński und Patrik Jaki, Vorsitzender von Souveränes Polen (Suwerenna Polska), einen 10-Punkte-Plan über die gemeinsame inhaltliche Ausrichtung. Mit dem Dokument wird der Zusammenschluss beider Formationen bestätigt. Zu den Punkten gehören u. a. die Ablehnung des Europäischen Green Deal, Widerstand gegen die Verhandlung neuer EU-Verträge und ein verpflichtendes Referendum in Polen im Falle neuer Verträge und die Abrechnung mit der Politik der aktuellen Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk. Kaczyński wirbt für den Zusammenschluss von PiS und Souveränes Polen als Konsolidierung des »patriotischen Lagers«. Vorangegangene Unterschiede dürfen keine Bedeutung mehr haben; in der Politik brauche man ein gutes, aber kurzes Gedächtnis.
12.10.2024	In Warschau findet ein Parteitag der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), kombiniert mit der Zusammenkunft des KO-Landesrates statt. Im Rückblick auf das erste Regierungsjahr der Koalition aus KO, Dritter Weg (Trzecia Droga – TD) und Die Linke (Lewica) kritisiert Ministerpräsident Donald Tusk (KO), dass Präsident Andrzej Duda, welcher der nationalkonservativen Vorgängerregierung nahesteht, Gesetzesvorhaben der aktuellen Regierung zur Wiederherstellung des rechtsstaatlichen Systems blockiert. Weiter kündigt Tusk eine zeitweilige Aussetzung des Asylrechts an. Rafał Trzaskowski, Vizevorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), hebt hervor, dass die Regierung beim Thema Sicherheit sowohl den militärischen Bereich als auch Energiesicherheit, die kritische Infrastruktur, konkrete Schutzräume für die Bevölkerung und Bekämpfung von Desinformation zusammendenkt. Resilienz müsse auf vielen Ebenen gestärkt werden, dafür bedürfe es auch der Zusammenarbeit mit den lokalen Ebenen und den Bürgern. Außenminister Radosław Sikorski zeigt sich angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA überzeugt, dass Europa mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen müsse.



13.10.2024	Im Kurznachrichtendienst X schreibt Ministerpräsident Donald Tusk, dass im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine das Recht auf Asyl instrumentalisiert wird. Er bezieht sich dabei auf von Russland und Belarus initiierte und unterstützte illegale Übertritte der polnischen Ostgrenze von Bürgern u. a. aus Syrien. Daher solle das Asylrecht in Polen zeitweilig ausgesetzt werden. Ein entsprechendes Gesetzesvorhaben soll in der kommenden Woche der Regierung vorgestellt werden. Tusk hat diese Ankündigung bereits am Vortag gemacht und Kritik u. a. von humanitären Organisationen geerntet.
14.10.2024	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) zum Außenhandel betrug der polnische Export in den Monaten Januar bis August 2024 229,6 Mrd. Euro. Der Import nach Polen hatte einen Wert von 227,1 Mrd. Euro. Das war ein Rückgang von 2,2 Prozent bzw. 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Deutschland war sowohl im Export als auch im Import der größte Handelspartner Polens.

*Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>